

Forschen per Volksentscheid

Spannungsfeld Wissenschaft und Gesellschaft in der direkten Demokratie



Kurt Bodenmüller

Gesellschaftliche Akzeptanz ist Voraussetzung, damit Forschung gedeihen kann. Gerade in der Schweiz, wo die direkte Demokratie dem Volk weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet, haben viele Forscher gelernt, sich dem öffentlichen Diskurs über die Biowissenschaften zu stellen.

Europäische Ambivalenz

Wie steht die europäische Bevölkerung zu Wissenschaft und Technologie? Diese Frage stand im Zentrum des im Auftrag der Europäischen Kommission erstellten und diesen Juni publizierten Eurobarometers Europeans, Science & Technology [1]. Forschung findet heute nicht mehr nur in Labors statt. Sie geschieht mitten in der Gesellschaft und beeinflusst unser Leben länger je mehr. Zu den wichtigsten Voraussetzungen, damit sich Wissenschaft und Technologie entfalten können, gehört ein innovationsfreundliches Umfeld. Die öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Forschung bilden das Fundament dazu.

In der Eurobarometer-Umfrage in über 30 Nationen, darunter auch die Schweiz, haben sich zwei Punkte herauskristallisiert: Es existiert – noch immer – eine Kluft zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Diese ist mitverantwortlich für die Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem wissenschaftlichen Fortschritt. Obwohl rund drei Viertel der Europäer sich

für neue medizinische Entdeckungen, wissenschaftliche Erfindungen und neue Technologien interessieren, fühlt sich mehr als ein Drittel der Befragten schlecht darüber informiert. Die Kritik richtet sich auch an die Wissenschaftler: Mehr als die Hälfte der Bürger findet, diese unternähmen zu wenig, um die Öffentlichkeit über ihre Forschungsarbeit zu informieren.

Als weiterer Punkt sticht die Ambivalenz vieler Europäer gegenüber Forschung und Technologie hervor. Die Grundhaltung einer großen Mehrheit ist einerseits positiv und optimistisch. Gerade wenn man selber potentiell vom wissenschaftlichen Fortschritt profitieren kann – wie beispielsweise in der Medizin – begrüßt man Entdeckungen und Erfindungen. Andererseits verändern diese das alltägliche Leben, die Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Ethik zusehends schneller und tief greifender. Viele Europäer fühlen sich von den immer rascheren Entwicklungen regelrecht überrannt und fürchten sich vor unkontrollierbaren Risiken oder moralischen Damnbrüchen.

Zwiespältig ist auch die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Wissenschaftlern: Aus ihrer Sicht sind die Forscher klar am besten qualifiziert, um die wissenschaftlich-technologischen Auswirkungen auf die Gesellschaft zu beurteilen. Gleichzeitig findet eine Mehrheit von fast 60% der Befragten, dieses Wissen verleihe den Forschern eine Macht, die sie gefährlich mache. Man will den Forschern zwar größtmögliche Freiheiten zugestehen, fordert aber im gleichen Atemzug restriktive Sicherheitsschranken und ethische Leitplanken von der Politik. Über die Hälfte der Europäer würden eine Technologie stoppen, sollte diese ein nicht vollständig verstandenes Risiko beinhalten. Selbst dann, wenn die Technologie klare Vorteile hat.

Sonderfall Schweiz

Diesen Herbst steht die Schweiz vor einer solchen Situation: Das Volk bestimmt am 27. November 2005, ob für den Anbau transgener Pflanzen und die Verwendung transgener Nutztiere in der Landwirtschaft ein fünfjähriges Moratorium gelten soll [2]. Einmal mehr haben die helvetischen Stimmbürger nur zwei einfache Antwortmöglichkeiten: ja oder nein. Via Volksabstimmungen wurden so in den letzten Jahren die Weichen für Tierversuche, Gentechnik, Fortpflanzungsmedizin und Stammzellforschung gestellt.

Dies offenbart den wohl größten Unterschied gegenüber anderen europäischen Ländern: den Sonderfall direkte Demokratie. Die vergangenen Schweizer Abstimmungen – und die damit verbundenen öffentlichen Debatten über Wissenschaft und Technologie – dürften für diverse Abweichungen vom europäischen Durchschnitt im eingangs erwähnten Eurobarometer mitverantwortlich sein. Die direkte Demokratie erfordert von der Bevölkerung nicht nur Verständnis für Wissenschaft und Forschung. Sie verlangt vom Stimmbürger Entscheide über teils sehr komplexe Fragen. Ein



„Big bang“ der Schweizer Biotechnologie-Debatte: Am 28. April 1998 demonstrierten über 5.000 Forscher öffentlich gegen Verbote und für die Forschungsfreiheit. (Foto: Markus Senn)

großes Privileg, das aber viel Verantwortung mit sich bringt. Allen vergangenen forschungspolitischen Entscheidungen in der Schweiz war letztlich eines gemeinsam: die pragmatische Haltung einer deutlichen Mehrheit der Stimmbürger „ja zu Kontrollen, nein zu Verboten“.

Das Handeln der Menschen wird freilich nicht nur von Fakten und rationalen Argumenten bestimmt. Es sind primär Meinungen zu Tatsachen, die über Akzeptanz oder Missbilligung, Vertrauen oder Skepsis entscheiden. Und Meinungen sind oft sehr emotional gefärbt. Dass dies auch für die Wissenschaft gilt, bekamen die Forscherinnen und Forscher in der Schweiz dank den direktdemokratischen Mitsprachemöglichkeiten schon vor Jahren zu spüren. Denn im Kampf gegen emotionale Argumente sind sachliche Fakten oft nur stumpfe Waffen. Die Genschutzinitiative, über die vor sieben Jahren abgestimmt wurde, zeigte den Forschern, dass sie mit breiten Kreisen kommunizieren müssen [3]. Viele standen plötzlich gegenüber Laien, Politikern, Journalisten, Umwelt- und Konsumentenschützern und lernten beispielsweise, ein komplexes Forschungsgebiet in 30 Sekunden TV-Sendezeit auf den Punkt zu bringen.

Forscher in der Öffentlichkeit

Symbolcharakter für das öffentliche Engagement der Wissenschaft hatte der 28. April 1998. Rund 5.000 Forscher und Mediziner gingen in Zürich, Genf und Lugano auf die Straße, um für die Forschungsfreiheit und gegen die Genschutzinitiative zu demonstrieren. Hätten die Stimmbürger dieses radikale Volksbegehren am 7. Juni 1998 angenommen, wären gentechnisch veränderte Tiere, die Freisetzung transgener Organismen sowie die Patentierung im Biotechnolo-

giebereich per Verfassung verboten worden. Angesichts der bedrohlichen Umfrageergebnisse zu Beginn des Jahres, war ein starkes Signal von Seiten der Forschenden nötig, um die kritische Stimmung zu kippen. Dank ehrlichem, offenen und kontinuierlichem Engagement der Direktbetroffenen sowie einfachen und klaren Botschaften wurde die Initiative letztendlich mit 66.7% Neinstimmen abgelehnt.

Die grundsätzlich forschungsfreundliche Haltung der Schweizer Bevölkerung zeigte sich letztmals im November 2004 beim Referendum über das Stammzellenforschungsgesetz [4]. Dieses Gesetz regelt die Gewinnung und Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen. Interessanterweise war der Abstimmungskampf eher sachlich, obwohl das Thema sehr emotional ist. Im Vordergrund der Debatte stand die Hoffnung auf medizinischen Fortschritt. Der Abstimmungskampf fand hauptsächlich in den Medien sowie an öffentlichen Veranstaltungen statt und erreichte kaum breite Kreise. Einmal mehr engagierten sich die Wissenschaftler selbst in der Diskussion – sekundiert von Medizinern, Politikern und Betroffenen. Und erneut war es eine klare Zweidrittelmehrheit der Schweizer Bevölkerung, die für die Forschung stimmte.

Die nächste Herausforderung für den Forschungsplatz Schweiz steht wie erwähnt bereits vor der Tür: die Abstimmung über das fünfjährige Gentechnik-Verbot in der Landwirtschaft. Obwohl die Wissenschaft nicht direkt vom kommerziellen Anbauverbot transgener Pflanzen betroffen ist – Freisetzungsversuche zu Forschungszwecken sollen weiterhin erlaubt sein –, liegt die negative Signalwirkung eines Moratoriums auf der Hand. Die Grüne Gentechnik wird stigmatisiert

und in der Wahrnehmung der Bevölkerung als Risiko klassifiziert. Gemäß Eurobarometer sind mehr als die Hälfte der Schweizer der Ansicht, dass Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen gefährlich sind. Und dies obwohl sie die am besten geprüften Nahrungsmittel überhaupt sind und seit Jahren von Millionen Konsumenten weltweit ohne irgendeine gesundheitliche Beeinträchtigung verzehrt werden. Angesichts dieser kritischen Stimmung muss noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit radikale Forschungsverbote in der Schweiz nicht mehrheitsfähig werden. Gefragt sind jetzt einmal mehr jene, denen die Bevölkerung die besten Qualifikationen attestiert: die Forscher.

Referenzen

- [1] European Commission: Special Eurobarometer 224 Europeans, Science & Technology, June 2005, http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_225_report_en.pdf
- [2] Eidgenössische Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“, 13.10.2003 <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi314.html>
- [3] Eidgenössische Volksinitiative „zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulationen“, 26.10.1994 <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi240.html>
- [4] Bundesgesetz vom 19.12.2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen <http://www.admin.ch/ch/d/gg/cr/2002/20022165.html>

Kurt Bodenmüller, lic. phil. nat. Mikrobiologie
Geschäftsführer der Stiftung Gen Suisse

Weltpoststraße 4
Postfach
3000 Bern 15, Schweiz
kbodenmueller@gensuisse.ch
www.gensuisse.ch